

17.10.2024

Kleine Anfrage 4649

der Abgeordneten Julia Kahle-Hausmann, Thomas Kutschaty und Frank Müller SPD

Evakuierung von Gebäuden in Essen-Freisenbruch – wie unterstützt die Landesregierung Mieterinnen und Mieter?

Am 21. Juni 2024 mussten die Bewohnerinnen und Bewohner der Gebäude Spervogelweg 26 und 28 unerwartet ihre Häuser verlassen. Da ein alter Bergbaustollen unter den Gebäuden nicht richtig verfüllt worden ist, ist die Standsicherheit der Gebäude gefährdet. Seit nunmehr vier Monaten sind die Mieterinnen und Mieter daher nun anderweitig mietfrei in einem Essener Hotel untergebracht. Die Vermittlung in andere Wohnungen ist bisher nur in Einzelfällen gelungen. Noch immer konnten die meisten Parteien nicht in ihre Häuser zurückkehren. Dies war bisher nur für 24 Parteien im Gebäudeteil C möglich.

Für den Träger der Wohneinheiten, die Essener Wohnbau eG, steigen die Kosten mit jedem Monat, in dem die Probleme unter Tage nicht gelöst werden, durch ausbleibende Mieteinnahmen und die Finanzierung der Hotelunterkünfte weiter an. Presseberichten zufolge¹ sollen die Mieterinnen und Mieter ab dem 1. November ihre Hotelkosten selbst übernehmen. Verhandlungen zur Kostenübernahme durch das Land NRW liefen laut Pressebericht zwar, die Bezirksregierung hat aber seit Ende Juli keinen neuen Sachstand mitgeteilt und verweist auf „interne Abstimmungen“.

Im Unterausschuss Bergbausicherheit am 20. September hat das MWIKE mitgeteilt, die Arbeiten an den Gebäudeteilen A und B könnten noch bis in das Frühjahr des nächsten Jahres andauern (vgl. Vorlage 18/2955). Gemäß dieser Vorlage der Landesregierung konnten bis zum 20. September noch für 35 Parteien keine Ersatzwohnungen vermittelt werden. Da auch die Kostenübernahme durch die Landesregierung ausbleibt, steigt der Unmut bei der Eigentümerin sowie den Mieterinnen und Mietern.

Insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht durch die Wohnungsbaugesellschaft in Hotels untergebracht wurden, sondern in privaten Wohnungen bei Freunden und Familien untergekommen sind, ist bis auf den Ausfall der Mietkosten noch keinerlei Entschädigung erfolgt.

¹ <https://www.waz.de/lokales/essen/article407464186/evakuierte-mieter-sollen-hotelaufenthalt-bald-selbst-zahlen.html>

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die rechtliche Situation bezüglich der Kostenübernahme für die Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner?
2. Wie ordnet die Landesregierung die Äußerungen der Wohnbau eG im angeführten Zeitungsartikel ein?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die unverschuldet in diese Situation geratenen Mieterinnen und Mieter zu unterstützen?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Eigentümerin Wohnbau eG zu unterstützen?
5. Wie weit sind die Gespräche zwischen der Bezirksregierung Arnsberg und der Wohnbau eG bezüglich der Kostenübernahme für die Unterbringungen fortgeschritten?

Julia Kahle-Hausmann
Thomas Kutschaty
Frank Müller